Zweite Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

№ 320. Donnerstag den 15. November 1888. 82. Jahrgang.

Zur Lage.

** Berlin, 13. November. Obgleich die preußischen Landtagswahlen längst abgeschlossen sind, dauern die sogenannten „Wahlbetrachtungen“ in der freisinnigen Presse noch immer fort. In dieser Presse allein nehmen sie auch einen überwäßigen Raum in Anspruch. Es ist dies ja erklärlich, denn seit wir ein constitutionelles Leben in Deutschland kennen, hat noch niemals eine politische Partei eine so allgemeine Zurückweisung und Verurtheilung erfahren, wie jetzt die „Deutsch-Freisinnigen“. Hinter einander sind sie bei zwei Landtags- und einer Reichstagswahl nicht nur geschlagen, sondern immer mehr in der Zahl ihrer parlamentarischen Vertreter reducirt worden. Nun beginnt die Selbstkritik. Aber wir glauben, offen gestanden, nicht, daß überhaupt ein Läuterungsproceß für diese Partei möglich ist; der kleine Rest, der noch vorhanden ist, siecht langsam dahin — an eine Wiederbelebung dieser „Mumie“, wie Herr Windthorst in einer schwachen Stunde seine demokratischen Freunde zu bezeichnen beliebte, ist nicht zu denken.

Es ist eine allgemein bekannte Thatsache, daß gebildete, angesehene und politisch urtheilsfähige Männer, welche früher zur Fortschrittspartei zählten, allen Bitten gegenüber, ein Mandat für den Reichstag oder Landtag anzunehmen, in entschiedenster Ablehnung verharrten. So ist es gekommen, daß die wenigen Sitze, über welche der deutschfreisinnige Parteirest verfügt, zum größten Theil bei Leuten bleibt, welche, geistig so wenig bedeutend als möglich, sich der Dictatur des Herrn Richter um so gefügiger zeigten, als sie ihm sich zu größtem Dank verpflichtet fühlen. Die Einen oder die Anderen wissen zwar sehr gut die abgestandenen fortschrittlichen Phrasen wieder zu verarbeiten, welche ihnen ihr Vorzeichner im „Katechismus“ der Partei zum Auswendiglernen aufgiebt, aber jede nicht vorgesehene Frage, jede nicht vorher bestimmte Antwort setzt sie in die größte Verlegenheit. So oder ähnlich verhält es sich mit den meisten „parlamentarischen Größen“ der Fortschrittler, welche die Claque bilden, falls ihr „Chef“ eine seiner „großen Reden“ vom Stapel läßt.

Während nun die angesehensten fortschrittlichen Organe, wie die „Vossische Zeitung“ und die „Kieler Zeitung“, völlig in Uebereinstimmung mit denen, welche den radicalsten Flügel der Partei vertreten, wie die „Berliner Zeitung“ und die „Volkszeitung“, an die „Parteileitung“, das heißt an Herrn Eugen Richter, das dringende Ersuchen richten, sich vom Schauplatz seiner Thätigkeit zurückzuziehen, macht ein Blatt, das ihm allein noch zur Seite zu stehen schien, den Vorschlag, daß die Herren Hermes, Parisius und Knörcke ihre Mandate niederlegen, um wenigstens für die nicht gewählten Dr. Hänel, Traeger und Alexander Meyer Platz zu schaffen. Euphemistisch nennt der „Börsencourier“ die erstgenannten Säulen des Freisinns die „blos stimmenden Abgeordneten“. Und Herr Eugen Richter wagt es nicht einmal, in seiner „Freisinnigen Zeitung“ für diese seine getreuesten Anhänger auch nur mit einem Worte einzutreten!

Da Herr Richter erklärt es für eine Frage, die gar kein öffentliches, sondern lediglich ein privates Interesse habe, ob die Herren Knörcke, Hermes und Parisius Abgeordnete seien oder nicht. Wenn Herr Richter in dieser Erkenntniß weitere Fortschritte macht, dürfen wir hoffen, daß er eines Tages auch von der Ueberzeugung sich durchdringt, daß sein eigenes bisheriges „Wirken“ nicht gerade nothwendig ist und freiwillig von der politischen Schaubühne abtritt.

Was übrigens Herr Richter „positiv“ zu leisten vermag und wie sehr diese seine Leistungen die Billigung und Anerkennung weiter Kreise finden, zeigt in augenfälliger Weise die geringe Verbreitung der „Freisinnigen Zeitung“, deren Abonnentenzahl weit hinter allen anderen fortschrittlichen Blättern Berlins zurückbleibt. Trotz der Reclame und agitatorischen Anpreisung in einer Art, welche vorher ganz unbekannt war, hat dieses Blatt, welches sich am Kopfe rühmt, „von Eugen Richter begründet“ zu sein, in die Familienkreise kaum Eingang gefunden und wird in den öffentlichen Localen nur ganz ausnahmsweise gehalten. Das ist ein sehr gutes Zeichen, ein deutlicher und sprechender Beweis für die zunehmende Reife des politischen Urtheils; was uns zu den besten Hoffnungen berechtigt bezüglich einer Gesundung unseres Parteilebens.

Aus der nationalliberalen Partei.

* Freiburg, 11. November. Die bereits erwähnte Landesversammlung der nationalliberalen Partei war von 4000 bis 5000 Theilnehmern besucht. Rechtsanwalt Mayer (Freiburg) eröffnete die Versammlung mit einigen Worten der Begrüßung, worauf Abg. Friedrich-Durlach zum Vorsitzenden gewählt wurde. Nach Absendung eines Telegramms an den Großherzog von Baden betrat, von lautem Beifall begrüßt, Abg. Landgerichtspräsident Kiefer die Tribüne, um der Versammlung die gestern mitgetheilten Beschlüsse zu begründen. Der Redner erinnerte an die großen Todten, die das deutsche Volk in diesem verhängnißvollen Jahre begraben, gedachte der Leidenszeit, welche das Geschick dem Landesfürsten und dessen Gemahlin, damit aber auch dem badischen Volk auferlegte. In diesem Saale habe vor Kurzem Herr Windthorst gemeint, er sei eigentlich des badischen Volkes innigster Freund. (Heiterkeit.) Nun, den Badenern sei das bisher ein tiefes Geheimniß geblieben. Die heutige Versammlung biete allerdings nicht das Bild derer, die damals getagt. Hier seien keine „Kelche von Einaus“ (große Heiterkeit), hier seien keine „schmalzgerichten Mönche“ (Heiterkeit), hier seien keine „Dominikaner“ (Heiterkeit und lebhafter Beifall), die Männer der liberalen Partei seien eingezogen in diese alte Stadt, um zu kommen und zu sprechen als Badener zu Badenern (Beifall) und vor Allem als Deutsche zu Deutschen. (Stürmischer Beifall.) Man habe gesagt, es sei eine Art Nothstand der katholischen Kirche vorhanden, selbst der Papst habe es für nothwendig befunden, Pilgern gegenüber seine mißbilligende Meinung über die badischen Wahlen auszusprechen. (Heiterkeit.) Ja, wenn 58 Liberale an einem Tage in eine Kammer einmarschirten, welche nur 63 Mitglieder zähle, müsse man allerdings zugeben, daß der Papst von seinem Standpunct aus unzufrieden sein könne. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Habe aber diese Kammer jemals irgendwelche Feindseligkeit gegen die Katholiken gezeigt? Gewiß nicht. Man wisse übrigens, wie's gemacht werde. Diese Klagen seien immer dieselben, es gelte jener Partei gleichviel, ob sie nun eine Spur von Berechtigung habe, sie zu erheben, oder nicht. Das badische Volk, so dociere man, brauche unbedingt noch eine Anzahl Klöster. Herr Hansjakob stelle sich die Sache sogar recht poetisch vor: im Haslacher Thal würde sich ein Kloster prächtig ausnehmen, und wenn erst wieder, meine er, die Kapuziner draußen auf allen Pfaden wandelten und die grünen Auen lieblich belebten (Heiterkeit), dann werde die Naturscenerie sich gar freundlich gestalten; der Bauer aber, wenn er den frommen Brüdern seine tiefe Verbeugung machen könne, der werde sich unsäglich erhoben und erbaut fühlen und vor Glück strahlen und vor Freude. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Den Kampf um die Volksschule wolle die Partei des Unfriedens eröffnen. Nun, der Lehrerstand möge einmal urkundliche Forschungen anstellen, wie es um ihre Väter und Großväter bestellt gewesen, als der Pfarrer noch der Autokrat war. Wie ganz anders habe sich das unter dem staatlichen Wirken gestaltet, und das sei noch nicht abgeschlossen. Redner behandelt die Schulfrage, wiederholt von stürmischen Zustimmungsausbrüchen der Versammlung unterbrochen, und schließt mit dem Mahnruf an die Parteigenossen, einig zusammenzustehen und in dieser festhaften Einigkeit den ultramontanen Vorstoß mächtig zurückzuschlagen. Eine Reihe von Rednern aus allen Kreisen des Landes standen nunmehr auf der Rednerliste. Der vorgerückten Zeit halber kamen indessen nur Rechtsanwalt Hauger aus Waldshut, Oberbürgermeister Wilkens und Heidelberg, Dr. Bassermann aus Mannheim und Oberbürgermeister Gönner aus Baden-Baden zum Wort. Ihre Ansprachen bekunden sämmtlich die volle Uebereinstimmung der gesammten Partei des Landes mit dem Geiste, der die heutige Versammlung trage. v. Bodmann aus St. Loretto sprach Namens der Landwirthschaft, welche wisse, wo sie ihre wahren Freunde zu suchen habe. Deshalb riefen auch die badischen Landwirthe der heutigen Versammlung ein Glückauf zu. Die Schlußrede hielt hierauf, stürmisch bewillkommt, der Abg. Erste Staatsanwalt Fieser aus Karlsruhe, indem er, wie Kiefer, in die Erörterung des der Versammlung vorliegenden Programms eintritt und sich einleitend über die Kloster-, Ordens- und Schulfrage verbreitet. Nach Zurückweisung der ultramontanen Begehrlichkeiten behandelt Redner den wirthschaftlichen Theil des Programms. Vor allem andern habe eine in neuester Zeit brennend gewordene Angelegenheit vielfach die Gemüther in Aufregung versetzt. Von allen Seiten hören nämlich Klagen über das seit 1½ Jahren in Kraft befindliche neue Branntweinsteuer-Gesetz. Wenn nicht Abhilfe getroffen werde, heiße es, so sei das Aeußerste zu befürchten, die Betroffenen würden der Partei abspenstig gemacht. Von allem Andern vorerst abgesehen, wisse nun Redner nicht, zu wem die Leute dann laufen wollten, denn, und das solle hier doch öffentlich dargelegt werden, im Reichstag bei Schaffung des Gesetzes und im Landtag bei Einführung desselben seien die badischen Ultramontanen wie die Nationalliberalen einstimmig dafür gewesen. Ein etwa eingetretener Uebelstand könne also nicht den Nationalliberalen allein auf die Rechnung geschrieben werden. Wenn diese neue Steuer in der That zu schwer auf den Stand unserer 26000 kleinen Brenner drücke, so werde man erusthaft sich mit der Untersuchung der geltend gemachten Beschwerden beschäftigen; bestehe ein Fehler im Vollzugsgesetze, so werde der Landtag dasselbe neu prüfen; sei das Steuergesetz aber derart, daß es wirklich wirthschaftliche Mißstände zur Folge habe, so werde man danach trachten, auch reichsgesetzliche Aenderung zu schaffen. Nach einer kurzen Erörterung der Einkommensteuerfrage, der erstrebenswerthen Dotation der Kreise, der Gemeindesteuern, legte Redner es nochmals Allen warm ans Herz, den ultramontanen Bestrebungen zu widerstehen. Es sei ein Kampf der Abwehr; man wolle nicht mit neuen Strafgesetzen gegen diese Strömung kämpfen, sondern man verlasse sich auf den guten bürgerlichen Sinn des badischen Volkes! (Langanhaltender Beifall.) — Vorsitzender Friedrich brachte sodann die vorgelegten Beschlüsse zur Abstimmung durch Handaufhebung. Die Versammlung nahm unter stürmischem Zuruf die Beschlüsse einhellig an. Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung mit herzlichen Dankesworten und mit einem Hoch auf den Großherzog Friedrich und Kaiser Wilhelm.

Colonialpolitisches.

* Aus Anlaß der Unruhen in Ost-Afrika ist zwischen der kaiserlich deutschen und königlich großbritannischen Regierung die aus den nachfolgenden vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Noten ersichtliche Vereinbarung getroffen worden:

London, den 3. November 1888.

Der unterzeichnete kaiserlich deutsche Botschafter hat die Ehre, im Auftrage seiner Regierung Sr. Excellenz dem Herrn Marquis von Salisbury, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Ihrer britischen Majestät, die folgende Mittheilung zu machen.

Angesichts der zunehmenden Ausdehnung der Feindseligkeiten, mit welchen die Sclavenhändler arabischer Nationalität der Unterdrückung des Negerhandels und dem legitimen Handel der christlichen Völker mit den Eingeborenen Afrikas entgegentreten, schlägt die kaiserliche Regierung der Regierung Ihrer britischen Majestät vor, gemeinschaftlich und mit Zustimmung des Sultans von Zanzibar die zum Gebiete dieses Herrschers gehörigen Küsten von Ost-Afrika zu blockiren, um die Ausfuhr von Sclaven und die Einfuhr von Waffen und Kriegsmunition daselbst zu unterdrücken.

Ueber Einzelheiten betreffs Ausführung der Blockade werden der deutsche und der englische Admiral in Zanzibar zu verhandeln und eine Vereinbarung zu treffen haben.

Um die Blockade wirksam gegen den Sclavenhandel zu machen, wird es erforderlich sein, daß die Kriegsschiffe der beiden Nationen jedes verdächtige Fahrzeug, unter welcher Flagge es auch fahren mag, durchsuchen und gegebenen Falls aufbringen. Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers ist bereit, in Gemeinschaft mit der Regierung Ihrer Majestät der Königin bei den anderen Mächten die nöthigen Schritte in diesem Sinne zu thun.

Da der Negerhandel, sowie die Rüstungen und die Feindseligkeiten der Sclavenhändler sich auf das angrenzende portugiesische Küstengebiet bei Zanzibar erstrecken, so wird es nützlich und wünschenswerth sein, die Mitwirkung und Zustimmung von Portugal zur Ausdehnung der Blockade auf den dieser Macht gehörigen Theil der Küste zu erlangen.

Indem der Unterzeichnete den Herrn Marquis von Salisbury bittet, ihn baldmöglichst zu benachrichtigen, ob die Regierung Ihrer britischen Majestät mit dem Vorschlag, welchen er ihr zu unterbreiten die Ehre hat, einverstanden ist, ergreift er mit Vergnügen diese Gelegenheit, um Sr. Excellenz die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Hatzfeldt.

Sr. Excellenz dem Herrn Marquis von Salisbury ꝛc. ꝛc.

(Uebersetzung.)

Auswärtiges Amt.

(London) den 5. November 1888.

Herr Botschafter.

Angesichts der zunehmenden Ausdehnung des Sclavenhandels an der Ostküste von Afrika und der Störungen und Hindernisse, welche derselbe dem legitimen Handel bereitet, tritt Ihrer Majestät Regierung dem Vorschlage der kaiserlichen Regierung bei, mit Zustimmung des Sultans von Zanzibar an den Küsten der festländischen Besitzungen Sr. Hoheit eine Blockade gegen die Einfuhr von Kriegsmaterialien und die Ausfuhr von Sclaven herzustellen.

Das Programm für die Ausführung der Blockade ist von dem englischen und dem deutschen Admiral in Gemeinschaft festzustellen, und die Blockade soll fortdauern, bis eine der Mächte von der Absicht Anzeige macht, dieselbe aufzugeben.

Um die Blockade für die oben erwähnten Zwecke wirksam zu machen, ist es wesentlich, daß die Kriegsschiffe der beiden Mächte innerhalb des Blockadebereichs das Recht haben, jedes verdächtige Schiff, unter welcher Flagge es auch fahren mag, zu durchsuchen und im Bedürfnißfalle anzuhalten. Die Regierung Ihrer Majestät wird im Verein mit der kaiserlichen Regierung bei den anderen Mächten Schritte thun, um deren Zustimmung zu den für diesen Zweck erforderlichen Maßregeln herbeizuführen.

Da der Sclavenhandel und die Rüstungen der Händler, welche denselben betreiben, sich auf die angrenzenden portugiesischen Besitzungen erstrecken, so würde es nützlich und wünschenswerth sein, die Mitwirkung Portugals und die Zustimmung dieser Macht zur Ausdehnung der Blockade auf die portugiesische Küste zu erlangen.

Ich habe die Ehre, Herr Botschafter, zu sein mit der ausgezeichnetsten Hochachtung

Ew. Excellenz gehorsamster ergebener Diener

Salisbury.

Sr. Excellenz dem Grafen Hatzfeldt ꝛc. ꝛc. ꝛc.

* Die „Post“ schreibt über die Entsendung von deutschen Schiffen nach Ost-Afrika:

Während die bis jetzt in der Presse enthaltenen Nachrichten über die Entsendung von deutschen Kriegsschiffen nach der ostafrikanischen Küste lediglich auf Annahmen und zum Theil auf Irrthümern beruhten, ist gestern Morgen auf der kaiserlichen Werft zu Wilhelmshaven, wie uns von dort geschrieben wird, der Torpedo-Schraubenaviso „Pfeil“, zu dessen Commandanten der Corvetten-Capitain Herbing ernannt worden ist, in Dienst gestellt und befindet sich für die noch in dieser Woche erfolgende Ausreise nach Zanzibar in der Ausrüstung.

Für die Wahl dieses Avisos dürften besondere Gründe maßgebend gewesen sein. Der „Pfeil“ ist ein ganz neues Schiff, welches gänzlich aus Stahl auf der Wilhelmshavener Werft erbaut worden ist und sich bis jetzt erst sehr wenig in Dienst befunden hat. Sein Deplacement beträgt 1328 Tonnen, die Maschinenstärke 2700 Pferdekräfte und die Maximal-Geschwindigkeit 17 Knoten. Außer einer entsprechenden Zahl von Revolverkanonen führt der „Pfeil“ fünf 12 cm-Geschütze und ist überdies mit zwei kräftigen elektrischen Scheinwerfern ausgerüstet. Die Besatzung ist 127 Mann stark.

Von einer weiteren Entsendung von Kriegsschiffen nach der ostafrikanischen Küste von einheimischen Gewässern aus ist bis jetzt nichts Bestimmtes verlautet. Es ist jedoch, nach Ansicht unseres Herrn Correspondenten, möglich, daß erforderlichen Falls die Abtrennung von 1 bis 2 Schiffen von dem zur Zeit im Mittelmeer befindlichen Schulgeschwader und ihre Entsendung nach Zanzibar angeordnet wird.

NLC. Berlin, 13. November. Mit besonderem Interesse wird man in der bevorstehenden Session der Stellungnahme des Reichstags zu den colonialpolitischen Angelegenheiten entgegensehen dürfen. Es scheint nicht, daß von Seiten der Regierung irgend eine Vorlage auf diesem Gebiet zu erwarten ist. Auch sogenannte „Weißbücher“ über afrikanische Angelegenheiten sollen nach officiöser Versicherung nicht eingebracht werden. Um so näher wird es liegen, bei dem Etat des Auswärtigen Amtes diese Fragen zur Erörterung zu bringen; und es wird wohl auch der Regierung nur erwünscht sein, aufs Neue eine Meinungsäußerung der Reichsvertretung zu vernehmen. Es hat sich ja seit Jahresfrist auf colonialpolitischem Gebiete Mancherlei zugetragen, was einer Erörterung bedarf. In Afrika hat sich unter dem Einfluß der in ihren schmachvollen Sclavenhandelsinteressen bedrohten Araber eine bedenkliche Bewegung entwickelt, welche auf die deutschen Schutzgebiete hinüber gegriffen hat und die deutschen Positionen an der Ostküste ernstlich bedroht. Die Anfänge der deutschen Colonialgründungen hatten sich bisher in sehr glatter und leichter Weise vollzogen; aber daß solche Unternehmungen unter Umständen auch Schwierigkeiten, Opfer und Gefahren mit sich bringen würden, konnte sich von vornherein Niemand verhehlen. Mit welchen Schwierigkeiten haben erst andere europäische Völker auf diesem Thätigkeitsfeld zu kämpfen gehabt und noch jahraus jahrein zu kämpfen, ohne daß sie dadurch in ihrer Unternehmungslust irre würden oder kleinmüthig das kaum begonnene Werk im Stich ließen! Wem würde es in England einfallen, alsbaldigen Rückzug zu fordern, wenn irgendwo einmal ein Krawall mit wilden Eingeborenen oder widerspenstigen Sclavenhändlern ausbricht? Nein, ein Gebiet, von welchem der deutsche Unternehmungsgeist einmal Besitz ergriffen hat, und für welches der Schutz von Kaiser und Reich feierlich verbrieft worden ist, darf nicht bei dem ersten Auftauchen einiger Schwierigkeiten und Mißhelligkeiten preisgegeben werden. Das würde der Todesstoß für alle deutschen Colonialunternehmungen sein und würde weit darüber hinaus die ganze überseeische Stellung der Deutschen und die Ehre des Reichs selbst beeinträchtigen. Das wird ohne Zweifel auch die Anschauung der Reichsregierung sein und es wird ihr nur erwünscht sein, wenn auch der Reichstag keinen Zweifel an dem vollen Ernst läßt, mit welchem die Mehrheit des deutschen Volkes in die coloniale Bewegung eingetreten ist. Mittel, in diesen Gegenden wirksamen Ernst zu zeigen, giebt es genug, ohne daß darum deutsche Armeecorps in Bewegung gesetzt zu werden brauchten, und die Reichsregierung wird die geeigneten Maßnahmen schon ergreifen, wenn sie der Zustimmung und Unterstützung der Nation dabei sicher ist. Zu den sonstigen Erwägungen, welche für ein energisches Fortschreiten auf der einmal betretenen Bahn sprechen, hat sich neuerdings der mehr ethische und ideelle Gesichtspunct gesellt, dem Gräuel des Sclavenhandels ein Ende zu machen. In Deutschland hat sich hierfür neuerdings eine lebhafte Bewegung erhoben, an der sich zu unserer Freude namentlich auch die ultramontane Partei eifrig betheiligt. Die Sache hängt so eng mit den colonialen Interessen überhaupt zusammen, daß aus jener Bewegung auch für die letzteren Förderung zu erwarten ist und daß wohl auch die Centrumspartei im Reichstag eine colonialfreundlichere Haltung einnehmen wird, als sie es früher gewohnt war. Bereits ist ein deutsch-englisches Abkommen über die Blockade der ostafrikanischen Küste zur Unterdrückung des Sclavenhandels zu Stande gekommen. Es wird sich mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn brechen, daß dort gesammt-europäische und allgemeine Culturinteressen vertheidigt werden. Europa kann und darf aus jenem Welttheil nicht mehr zurück, nachdem es einmal die Hand darauf gelegt hat.

* Die „Kreuzzeitung“ bringt eine Notiz über die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft, in deren ersterem Theil das Blatt behauptet, die ostafrikanische Gesellschaft werde liquidiren, um dann zum Schluß zu gelangen, die ostafrikanische Gesellschaft werde „einer Neubildung unterzogen werden, namentlich mit dem Hinblick auf eine andere Leitung“. Aus dem Widerspruch ergiebt sich die ganze Haltlosigkeit der Kreuzzeitungsnotiz, über deren Spitze wir nicht einen Augenblick im Unklaren sind.

Sachsen.

* Leipzig, 14. November. Der österreichisch-ungarische Hilfsverein hier hat beschlossen, von der für den 1. December a. c. vorbereiteten Feier des 40jährigen Regierungs-Jubiläums Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef abzusehen, nachdem das österreichische Ministerium des Innern in einem Erlasse darauf hingewiesen hat, daß nach ausdrücklichem Willen Sr. Majestät jede officiell kirchliche oder religiöse Feierlichkeit, jede wie immer beschaffene, mit Auslagen verbundene festliche Veranstaltung, jede Beglückwünschung durch Deputationen, Adressen oder Telegramme aus Anlaß jenes Gedenktages zu unterbleiben habe. Der hochsinnige Wunsch Sr. Majestät, daß der Gedenktag seiner Thronbesteigung nur durch Acte öffentlicher Wohlfahrt gekennzeichnet werden möge, wird, wie wir zu unserer Freude mittheilen können, auch hier Erfüllung finden, da bei dem hiesigen österreichisch-ungarischen Consulat bereits mehrere Stiftungen angemeldet worden sind.

— Ein seltenes Jubiläum zu feiern war dieser Tage in einem unserer Vorstadtdörfer dem Obermaschinenmeister Louis Gaebler aus Schönefeld vergönnt. Am 3. November waren 40 Jahre verflossen, seitdem derselbe in die Buchdruckerei und Kunstanstalt von A. H. Payne in Reudnitz eingetreten war. Der Jubilar ist körperlich und geistig frisch und gesund und hat genannter Firma in dieser langen Zeit in der aufopferndsten Weise gedient. Von Seiten des Geschäftspersonals wurden ihm an diesem Ehrentage verschiedene werthvolle Geschenke überreicht und Abends vereinigte man sich zu einem solennen Commers, in dessen Verlauf man wohl sehen konnte, wie der biedere Jubilar es verstanden hat, sich die Liebe seiner Vorgesetzten und Untergebenen zu erwerben.

§ Althen, 14. November. In der Leipziger Landpflege scheint gegenwärtig ein Gänse- und Hühnerdieb umzugehen. In der gestrigen Nacht wurden hierselbst mittelst Einbruchs fünf Stück Zuchtgänse und eine Henne im Werthe von etwa 40 ℳ spur- und verdachtlos gestohlen. Die Manipulationen waren bei diesem Diebstahl augenscheinlich ganz dieselben wie bei dem Truthühnerdiebstahl in Pannsdorf, von welch letzterem bereits Mittheilung gemacht worden ist; nur scheint im vorliegenden Falle der Dieb die Gänse erwürgt zu haben, da man Blutspuren nirgends bemerkte.

Lausigk, 13. November. Mittwoch und Donnerstag, den 14. und 15. d. M., begeht die Firma „Gebrüder Koch“ hier das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens. Verschiedene Festlichkeiten sind für die betreffenden Tage geplant.

— Groitzsch, 13. November. Am Montag ist beim Postamt hier ein falsches, das Münzzeichen A 1871 tragendes preußisches Einthalerstück — auf dessen Rande die bei richtigen Einthalerstücken befindliche Inschrift „Gott mit uns“ fehlt — angehalten worden.

Trebsen, 12. November. Die kürzlich auf dem benachbarten Reviere Seelingstädt-Beiersdorf abgehaltene Waldjagd, gegenwärtig dem Weinhändler K. aus Leipzig gehörig, hatte einen merkwürdigen Erfolg aufzuweisen. Das Hüfthorn hatte den Beginn des Treibens gemeldet. „Rehe, Hasen, Dachse, Füchse erlegt er sicher (Jäger) mit der Büchse!“ Da brichts durch das Dickicht hervor! Eigenartig rehfarbig ist sein Fell gezeichnet und schön, aber sonderbar ist der „Aufsatz“. Man sah hier noch niemals seinesgleichen. Ein verstiegener Gemsbock ohne Zweifel. Der Schuß kracht und mitten durchs Herz getroffen stürzt er zusammen, der zum „Gamsbock“ präparirte Ziegenbock. Einige Freunde des Pachters hatten, um einen Waidmannsscherz auszuführen, einen Ziegenbock erworben, denselben als imitirte Gemse in den Wald und dort ins „Treiben“ gebracht. Der Spaß war gelungen und erregte allgemeine Heiterkeit. Bei dem überaus splendiden Jagdfrühstück wurde derselbe versteigert und für den Preis von 37 ℳ von einem der Schützen erstanden. (Wurz. Tagebl.)

— Bekanntlich wird alljährlich auf allerhöchste Cabinetsordre für den am besten schießenden Officier in jedem Armeecorps ein Ehrensäbel und für den am besten schießenden Unterofficier eine silberne Uhr gewährt. Der beste Schütze unter den Unterofficieren in der sächsischen Armee ist in diesem Jahre ein der Garnison Leisnig Angehöriger, und zwar ist dies der Sergeant Kind der dortigen 11. Compagnie. Derselbe hat bei 7 abgegebenen Schüssen (3 aufgelegt, 4 freihändig) 152 Ringe erlangt, eine Leistung in der Treffsicherheit, die wohl selten erreicht, kaum aber übertroffen wird und den Leistungen eines Kunstschützen nahezu ebenbürtig erscheint. Vor einigen Tagen ward dem Sergeant Kind die Permuhr von seinem Compagniechef, Herrn Hauptmann Jugenbrand, unter feierlicher Ansprache überreicht. Die Uhr ist eine sogenannte Savonnet-Uhr, zeigt auf dem unteren Deckel neben der Widmung den Namen des Prämiirten und auf der Cuvette in Initialform A R (Albert Rex).

Zwickau, 13. November. Gestern Nachmittag ist im benachbarten Schedewitz der Gemeinde-Secretair Heß daselbst wegen fortgesetzter Beamten-Unterschlagung verhaftet und in das königl. Amtsgerichtsgefängniß hier eingeliefert worden. In diese Angelegenheit ist auch der zweite Gemeinde-Expedient verwickelt, derselbe ist jedoch vorläufig, nachdem er die von ihm veruntreute Summe deponirt hat, wieder entlassen worden.

* Crimmitschau, 14. November. Die oft gerügte Unsitte mancher Arbeiter, während des Ganges der Maschinen dieselben zu reinigen und zu putzen, hat sich am vergangenen Sonnabend in einer hiesigen Fabrik wiederum an einem 15jährigen Arbeiter gerächt, dem infolge dessen von der Spinnmaschine die Finger einer Hand abgerissen wurden. Möchten doch derartige, oft wiederkehrende Unfälle endlich zur Vorsicht mahnen. — In hochherzigster Weise nach den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln hat ein treuer Anhänger unserer evangelischen Kirche letztwillig derselben gedacht, indem der kürzlich verstorbene Tuchmachermeister F. F. Thurm hier für kirchliche Fonds und Vereine 850 ℳ ausgesetzt hat; darunter befinden sich dreimal je 100 ℳ und fünfmal je 50 ℳ. Seitens der Beschenkten wird dem frommen Geber, den „Gott lieb hat“, herzlicher Dank gewidmet.

1. Schneeberg, 13. November. Ein beim hiesigen Erzbergbau in der Grube „Weißer Hirsch“ an der Bohrmaschine beschäftigter italienischer Arbeiter verunglückte gestern früh durch das Niedergehen von Gestein. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus zu Schneeberg überführt. — In Breitenbrunn bei Schwarzenberg brannte am Sonnabend die im früheren Berggebäude St. Christoph befindliche Schmidt'sche Holzspundreherei gänzlich nieder. Die Ursachen des Brandes sind nicht bekannt. — In der Nähe des Gasthauses „zur Stadt Leipzig“, auf Griesbacher Flur, wurde heute Mittag die Leiche einer hiesigen Frau im Bache todt aufgefunden.

— Falkenstein, 13. November. Nachdem hier in den letzten Jahren eine Hochdruckwasserleitung, ein Centralschulgebäude, Krankenhaus, Rathhaus, Straßen und Canäle gebaut worden waren, erfolgte am 10. November laufenden Jahres die Betriebseröffnung der in der kurzen Zeit von 4 Monaten erbauten städtischen Gasanstalt. Dieselbe liegt auf dem unmittelbar an den Bahnhof angrenzenden, reichlich 6 Acker großen städtischen Areale, am tiefsten Puncte des gesammten Rohrnetzes. Sie ist zunächst auf einen Jahresconsum bis zu 100 000 cbm eingerichtet, kann aber durch Einstellung der nöthigen Oefen und Apparate ohne Veränderung der Baulichkeiten auf eine Jahresproduction von 200 000 cbm gebracht werden. Die Errichtung der Gasanstalt wurde auf das Gutachten des Herrn Gasanstaltsdirectors Merkel in Plauen, welcher in der ganzen Angelegenheit in dankenswerthester Weise als sachkundiger Beirath des Stadtraths fungirte, der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Actiengesellschaft in Martinikenfelde bei Berlin übertragen. Diese vergab ihrerseits die Lieferung und Legung der Rohrleitung an die Königin Marienhütte in Cainsdorf, die Ausführung der Gebäude an Herrn Baumeister Wenzel hier, der Oefen an die Stettiner Chamottefabrik vormals Didier, während sie selbst sich die Oberleitung und die Lieferung der Apparate vorbehielt. Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Actiengesellschaft hat unter Beihilfe der genannten Mitarbeiter das in sie gesetzte Vertrauen vollständig gerechtfertigt und eine Gasanstalt von gefälligem Aeußeren und vorzüglicher innerer Einrichtung geliefert; daß sie das ihr übertragene Werk binnen vier Monaten ausführen konnte, ist ein Beweis ihrer Leistungsfähigkeit. Möge die Anstalt an ihrem Theile die gedeihliche Entwickelung unserer Stadt fördern, welche in den letzten 6—7 Jahren durch die Gründung von Fabriken, durch private und öffentliche Bauthätigkeit ein ganz neues Aussehen gewonnen hat. Von der Ausführung der in sicherer Aussicht stehenden Bahnbaues, durch welchen Falkenstein mit dem Falkensteiner Kohlenbecken in Verbindung gesetzt wird, erhoffen wir einen weiteren Aufschwung der Stadt, ebenso wie von dem anderweit mit großem Eifer angestrebten Bau einer Straße nach unserem Vororte Plauen. — Die centrale Lage Falkensteins im oberen Vogtlande, die leichte Zufuhr der billigen böhmischen Kohle, die verhältnißmäßig billigen Arbeitskräfte, der geringe Preis von Grund und Boden dürfte die Errichtung neuer Fabrikanlagen im hiesigen Orte besonders angezeigt erscheinen lassen. Wie wir hören, gedenkt die Stadtvertretung das der Stadt gehörige Areal am Bahnhofe, soweit es nicht für die Gasanstalt gebraucht wird, zu Fabrikanlagen zu ganz billigen Preisen abzugeben.

— Montag, den 12. November, hielt in gewohnter Weise der zum Superintendent von Meißen designirte Pfarrer Dr. Kohlschütter aus Bockwolz vor dem Consistorium sein Colloquium ab. Dasselbe erhielt dadurch eine besondere Bedeutung, daß der Genannte, nachdem er zum Eingang des Colloquiums seinen mitanwesenden Vater, den ehrwürdigen Oberhirten der Landeskirche, Oberhofprediger Dr. Kohlschütter, in pietätvollster Weise begrüßt hatte, von diesem am Schlusse mit tiefergreifenden Worten angeredet wurde und wahrhaft väterliche Segenswünsche und Ermahnungen empfing. Dieser weihevolle Act machte auf die zahlreichen Anwesenden einen tiefen Eindruck.

Vermischtes.

⊙ Halle a. S., 13. November. In Rücksicht auf die gegenwärtig bestehenden hohen Preise für Brod und andere Lebensmittel hat die hiesige Actien-Malzfabrik Reinich & Comp. freiwillig ihrem gesammten Arbeiterpersonale eine Theuerungszulage von 1 ℳ pro Mann und Woche gewährt. Dieselbe wird bereits seit etwa Monatsfrist gezahlt.

□ Mühlhausen, 13. November. In vorletzter Nacht erkrankte hier eine ganze Familie, ein Maler mit seiner Frau und drei Kindern, infolge Vergiftung durch Bücklinge. Rascher ärztlicher Hilfe gelang es, durch Gegenmittel die Eheleute ziemlich wieder herzustellen; eine 14jährige Tochter liegt indeß noch so schwer danieder, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

— Kiel, 13. November. Se. königl. Hoheit der Prinz Heinrich ist heute Morgen in Begleitung des Viceadmirals Blanc und seines persönlichen Gefolges auf dem Panzerschiff „Kaiser“ nach Kopenhagen abgereist.

— Die Müller'sche Brauerei in Langensalza, welche bereits vor einigen Jahren durch eine Feuersbrunst heimgesucht wurde, brannte in der Sonntagsnacht mit sämmtlichen Seitengebäuden nieder. Das Feuer griff mit solcher Schnelligkeit um sich, daß die Rettung des Grundstücks nicht möglich war.

— Elberfeld, 11. November. Unter eigenthümlichen Umständen beging hier ein Arbeiter einen Selbstmordversuch. Er hatte eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, meldete sich zum Antritt derselben, wurde aber abgewiesen, weil er total betrunken war. Aus Aerger darüber stürzte er sich in die Wupper, wurde jedoch rechtzeitig herausgezogen.

SLUB
Wir führen Wissen.